

Johannes Fischer

Die Absurdität der Quotenpolitik.

Zum Rücktritt der Verteidigungsministerin Christine Lambrecht

Christine Lambrecht hat ihren Rücktritt als Verteidigungsministerin eingereicht. Die Kommentare hierzu stimmen darin überein, dass dieser Rücktritt längst überfällig war und dass Frau Lambrecht den Herausforderungen dieses schwierigen Amtes insbesondere angesichts des russischen Angriffskriegs zu keinem Zeitpunkt gewachsen gewesen ist. Die Kritik an ihrer Person droht allerdings das eigentliche Problem zu verdecken, das zu dieser Fehlbesetzung geführt hat. Olaf Scholz hatte sich im Bundestagswahlkampf darauf festgelegt, im Falle seiner Kanzlerschaft ein Kabinett zu bilden, in dem die Ministerposten paritätisch zwischen Frauen und Männer verteilt sind. Da die FDP sich bei den ihr zustehenden Ministerposten nicht an die Parität hielt, musste die SPD dies ausgleichen und von den ihr zustehenden 7 Ministerien 4 mit Frauen besetzen. So kam es, dass auch das Verteidigungsministerium mit einer Frau besetzt werden musste, und so wurde Frau Lambrecht, die sich eigentlich schon aus der Politik zurückziehen wollte, zur Verteidigungsministerin ernannt. Sie brachte keinerlei Qualifikation speziell für dieses Ressort und überhaupt für die Verteidigungspolitik mit. Was für sie sprach, war allein die Tatsache, dass sie als ehemalige Justizministerin Erfahrung in der Leitung eines Ministeriums hatte. Die Frage, ob es geeignete männliche Kandidaten für diesen wohl schwierigsten Ministerposten gegeben hätte, stellte sich gar nicht erst. Aus quotenpolitischen Gründen musste es eine Frau sein.

An Universitäten gilt bei der Besetzung von Professuren die Regel, dass bei gleicher wissenschaftlicher Qualifikation und Befähigung Frauen der Vorzug gegeben werden muss vor männlichen Bewerbern. Hier gibt es keine Frauenquote, welche Frauen unabhängig von ihrer wissenschaftlichen Qualifikation und Befähigung Parität bei der Besetzung von Lehrstühlen garantiert. Aber es gibt an den meisten Universitäten eine intensive Frauenförderung im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses, die zum Ziel hat, eine Gleichheit der Chancen zwischen Frauen und Männern in Bezug auf akademische Karrieren zu gewährleisten. Es geht um Gleichheit der Chancen, nicht um Gleichheit im Ergebnis bei der Besetzung von Professuren. In der Politik leistet man es sich demgegenüber, Quoten für die Gleichheit im Ergebnis festzulegen mit der Folge, dass Qualifikation und Fähigkeit für die Leitung eines Ministeriums zweitrangig werden gegenüber dem Geschlecht, das eine Person mitbringt. Das ist nicht nur

absurd, sondern auch politisch unverantwortlich, wie man am Beispiel der jetzt zurückgetretenen Verteidigungsministerin sehen kann. Sind etwa in der Politik Qualifikation und Befähigung weniger wichtig als an einer Universität? Offensichtlich ist dies die Meinung derer, die wie Olaf Scholz quotenpolitische Festlegungen treffen und sich damit selbst die Hände binden.

BefürworterInnen der Frauenquote sind der irrigen Meinung, dass es hierbei um eine Forderung der Gerechtigkeit geht. In ihren Augen ist es eine Diskriminierung von Frauen, wenn Führungsstellen nicht paritätisch zwischen Frauen und Männern verteilt werden. Doch Diskriminierung gibt es nur da, wo es um Rechte geht. Wenn A etwas hat, was B nicht hat, ist dies noch keine Diskriminierung von B. Nur wenn A und B gleichermaßen ein Recht auf etwas haben und A es bekommt und B es nicht bekommt, ist dies eine Diskriminierung von B. Bei der Vergabe von Ministerposten aber geht es gar nicht um Rechte. Wenn Männer zu Ministern ernannt werden, dann nicht deshalb, weil sie als Männer ein Recht hierauf haben. Genau das aber wird mit der Forderung nach gleichen Rechten für Frauen unterstellt. So kommt es zu solchen unsinnigen und politisch unverantwortlichen Entscheidungen wie im Fall von Frau Lambrecht.

Das Ganze ist Beispiel für die absurden Konsequenzen des identitätspolitischen Denkens, wie es besonders in der SPD verbreitet ist.¹ Es steht zu befürchten, dass die SPD hieraus nichts lernen wird und auch künftig politische Führungsstellen nach Geschlechterquote vergeben wird.

¹ Vgl. dazu vom Vf. „Was ist Identitätspolitik? Über einen Irrtum und seine Folgen“ <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2021/03/Identit%C3%A4tspolitik1-2.pdf> .